

Keine Lust auf die Katze im Sack

Abstimmung Die Steuerreform war gemäss einer Nachbefragung die komplexeste Vorlage seit 24 Jahren. Als Erklärung für das klare Nein reicht dies allerdings nicht aus: Die Vorlage überzeugte einfach nicht.

Lukas Leuzinger

«Ich habe das Bundesbüchlein dreimal gelesen und bin immer noch nicht drausgekommen, worum es geht.» Diese Aussage eines Teilnehmers der gestern publizierten Voto-Nachbefragung zur Abstimmung vom 12. Februar bringt auf den Punkt, was viele Stimmbürger dachten: Die Unternehmenssteuerreform (USR) III war ausserordentlich komplex. Rund drei Viertel der Befragten gaben an, es sei ihnen «eher schwer» gefallen, die Reform zu verstehen. Keine andere Vorlage in den letzten 24 Jahren erreichte auch nur annähernd einen so hohen Wert, seit diese Frage in der Nachbefragung gestellt wird. Zum Vergleich: Bei der USR II, über die 2008 abgestimmt wurde, bekundeten 54 Prozent Mühe, sich ein Bild von der Vorlage zu machen.

«Der Politik ist es offensichtlich nicht gelungen, die Vorlage zu vermitteln», stellt der Politologe Thomas Milic fest, der an der Befragung beteiligt war. Das klare Scheitern der Reform, die nur 40,9 Prozent Ja-Stimmen erreichte, allein auf die schwierige Verständlichkeit zurückzuführen, greift allerdings zu kurz. Milic erinnert daran, dass in der Regel viele Stimmbürger der Parole des Bundesrats folgen, wenn sie Mühe haben, eine Vorlage zu verstehen. Das war diesmal nicht der Fall. Prompt identifizierten Medien und Beobachter nach der Abstimmung das fehlende Vertrauen in die Behörden oder in die Wirtschaft als Grund für das Nein.

Kein generelles Misstrauensvotum

Grundsätzlich, das zeigte auch diese Befragung, geniesst die Schweizer Regierung hohes Vertrauen: Bei den Stimmenden erreichte es einen Durchschnittswert von 7 von 10 Punkten. Das Vertrauen in die Wirtschaft liegt mit 6,6 leicht darunter. Doch selbst Personen mit einem sehr hohen Vertrauen in die Regie-



Am Abstimmungssonntag feierten die Steuerreform-Gegner.

Bild: Alessandro della Valle/Keystone

rung lehnten die Reform mehrheitlich ab. Und Leute, die der Wirtschaft stark vertrauen, stimmten nur relativ knapp zu.

Das Nein war also nicht ein generelles Misstrauensvotum. Vielmehr fehlte offenbar die Bereitschaft, den Aussagen von Behörden und Wirtschaftsvertretern Glauben zu schenken, die Reform werde den Standort Schweiz langfristig stärken und Steuereinnahmen sichern. Auf-

fallend wenige, die Nein sagten, gaben als Begründung inhaltliche Aspekte an (etwa, dass nur Reiche profitierten).

Die Hälfte der Nein-Stimmenden nannten «inhaltsferne» Gründe, beispielsweise widersprüchliche Informationen über die Folgen der Reform. Einige gaben an, Zweifel an den prognostizierten Folgen zu haben. «Die Unternehmenssteuerreform II war bei einigen im Hinterkopf»,

sagt Thomas Milic. Damals hatte der Bundesrat die zu erwarteten Steuerausfälle deutlich unterschätzt.

Angesichts der Komplexität der Materie verliessen sich sowohl auf der Ja- als auch auf der Nein-Seite viele auf die Parolen von Parteien oder die Meinungen einzelner Personen, seien es prominente Politiker oder Leute aus dem eigenen Umfeld. Auch der viel zitierte «Widmer-Schlumpf-

Effekt» spielte eine, wenn auch nicht sehr starke, Rolle. Die ehemalige Finanzministerin hatte in einem Interview wenige Wochen vor der Abstimmung gesagt, die Reform sei «aus der Balance» geraten. In der Nachbefragung führten 7 Prozent der Nein-Stimmenden die Äusserungen der Bündner alt Bundesrätin als Grund für ihren Entscheid an (wobei Mehrfachnennungen möglich waren). Natürlich ist darüber hinaus ein indirekter Einfluss denkbar, indem die Aussagen Widmer-Schlumpfs die generelle Verunsicherung hinsichtlich der Folgen der Unternehmenssteuerreform verstärkten.

Trotz Ja-Parolen sämtlicher bürgerlicher Parteien stimmten die CVP-Sympathisanten gemäss Umfrage gegen die Steuerreform und die SVP-Wähler nur ganz knapp dafür. Erstaunlich ist auch der hohe Anteil Ablehnender innerhalb der oberen Einkommensschichten. Man kann also kaum von einem «Aufstand des Mittelstands» sprechen, obschon Leute mit tiefen und mittleren Einkommen stärker Nein sagten.

Starke Polarisierung bei der erleichterten Einbürgerung

Eine entscheidende Rolle spielten die Wähler der Mitteparteien auch bei der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation. Bei der gescheiterten Vorlage von 2004, als es um die automatische Einbürgerung der Terzos ging, war die CVP noch gespalten. Dieses Mal stimmten die CVP-Sympathisanten mit 71 Prozent zu und trugen damit zum insgesamt deutlichen Ja (60,4 Prozent) bei. Einzig die SVP-Wähler stimmten gegen die Vorlage, dies aber deutlich mit fast 80 Prozent.

Im Rahmen der Umfrage wurden 1512 Stimmbürger aus allen Landesteilen befragt. Durchgeführt wurde die Studie von der Universität Lausanne, dem Zentrum für Demokratie Aarau und dem Befragungsinstitut Link im Auftrag der Bundeskanzlei.

So kann der Bund Milliarden sparen

Bundesfinanzen Die Denkfabrik Avenir Suisse hat gestern ein «Schattenbudget» für den Bundeshaushalt präsentiert. Kurzfristig sieht sie dank 34 Massnahmen ein Entlastungspotenzial von 1,7 Milliarden Franken, langfristig von 9,4 Milliarden Franken.

Ein Teil dieser Entlastungen würde zu Mehraufgaben der Kantone führen. Die mit der Aufgabenteilung einhergehende stärkere Rolle der Kantone erlaube eine Senkung der direkten Bundessteuer, schreibt Avenir Suisse. Die Denkfabrik sieht zudem Potenzial für eine Senkung der Mehrwertsteuer. Eine Anpassung der Tarife wäre auch nötig, um den Kantonen den Spielraum zu verschaffen, damit diese allfällige Belastungen aufgrund der vorgeschlagenen Kompetenzverschiebungen kompensieren könnten.

Bei der Aufgabenteilung sieht Avenir Suisse unter anderem den Rückzug des Bundes aus der individuellen Prämienverbilligung. Das langfristige Entlastungspotenzial wird auf fast 2,5 Milliarden Franken beziffert. Der Betrieb des regionalen Personenverkehrs durch die Kantone soll langfristig das Budget um 920 Millionen Franken entlasten. Indem das Schienen-Ergänzungnetz in die Hände der Kantone übergeht, sollen langfristig 525 Millionen Franken eingespart werden.

Agrarpolitik umkrepeln

Avenir Suisse schreckt auch nicht vor einer radikalen Reform der Agrarpolitik zurück. Dafür sprächen die immensen volkswirtschaftlichen Kosten sowie ein schwacher Leistungsausweis, heisst es. Die Rückführung der Stützung der Landwirtschaft auf europäisches Niveau bringe eine kurzfristige Entlastung von 350 Millionen Franken. Langfristig seien es sogar 2,5 Milliarden Franken. Auch die Renten werden nicht geschont: Vorgeschlagen wird eine Abschaffung der AHV-Witwenrente für kinderlose Frauen. Zusätzlich soll das Budget durch die Abschaffung der AHV-Kinderrenten um 32 Millionen Franken entlastet werden. (sda)

Blocher und sein netter Stichwortgeber

Jubiläum Seit 2007 kommentiert der SVP-Übervater wöchentlich im Plauderton das politische Geschehen in der Schweiz und im Ausland. Journalismus ist das nicht. Es kommt trotzdem an.

Die Sendung wirkt wie aus der Zeit gefallen – und ist wohl gerade deshalb Kult: Bis zu 70 000 Zuschauer schauen sie sich auch nach zehn Jahren noch an. Wöchentlich, weltweit. Die Rede ist von «Teleblocher», der «Sendung mit alt Bundesrat Christoph Blocher im Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor «Blocher-Prinzip», so die Eigenwerbung. Zu sehen ist «Teleblocher» auf dem Schaffhauser Lokalsender sowie auf Swisscom-TV und im Internet.

Ackeret lässt in der rund 20-minütigen Sendung den früheren Bundesrat in der Regel einen politischen Wochenrückblick machen und beschränkt sich dabei aufs Stichwortgeben, was ihm immer mal wieder den Vorwurf der unjournalistischen Herangehensweise einträgt. Dies wird

auch in der 500. Sendung, die heute Mittag aufgeschaltet wird, nicht anders sein. – Sei's drum!

Die Idee, Blocher einmal pro Woche vor Kamera und Mikrofon zu holen und ihn erzählen zu lassen, stammt vom unlängst verstorbenen Schaffhauser Verleger Norbert Neining. «Norbert hatte da wohl die Radiosendungen eines Jean Rudolph von Salis oder des früheren Schaffhauser SP-Nationalrats Walther Bringolf im Kopf», vermutet Ackeret. Blocher wiederum, damals noch Bundesrat, war nicht überzeugt, ob das Sendekonzept funktionieren würde: «Auf die Frage, warum man Politiker nicht länger reden lasse am Fernsehen, sagte mir (der erste «Arena»-Moderator) Filippo Leutenegger seinerzeit unmissverständlich, dass die Zuschauer dann spätestens

nach fünf Minuten abschalten würden.»

Hildebrand, Junker und die Darmoperation

Als Neining dagegenhielt und insistierte, sagte Blocher schliesslich zu. Dass die Sendung, ursprünglich für ein Jahr geplant, auf Anhieb «funktionierte» und es bis heute tut, schreibt Ackeret der «kommunikativen Genialität Blochers» zu: «Er kann kurzweilig und anekdotenreich erzählen, und er lässt immer mal wieder etwas Spektakuläres fallen.» Blochers Abwahl aus dem Bundesrat war auf «Teleblocher» ebenso Thema, und dies «aus erster Hand», wie auch die Affäre Hildebrand, des früheren Nationalbankpräsidenten, oder die Auseinandersetzung mit Jean-Claude Juncker, EU-Kommis-

«Man schätzt es, wenn ich das Geschehene in einen grösseren Zusammenhang stelle.»



Christoph Blocher
Alt Bundesrat

sionspräsident. Aber auch Persönliches gibt Blocher schon mal preis – etwa, dass er während seiner Bundesratszeit eine Darmoperation zu überstehen hatte. Davon wusste zuvor niemand, weil Ärzte und Pflegepersonal dichtschielten.

Aus den vielen Rückmeldungen weiss Blocher längst, was seine Zuschauer hören wollen: nicht nur seine Interpretation der Ereignisse. «Man schätzt es, wenn ich das Geschehene in einen grösseren Zusammenhang stelle und erkläre», sagt er. Insbesondere die Auslandsschweizer seien dankbar dafür.

Ein Jahrzehnt «Teleblocher» nun also, und dies Woche für Woche. Ein einziges Mal nur ist die Sendung ausgefallen – als Christoph Blocher kürzlich im Bundeshaus ausrutschte, aufs Gesicht

fiel und sich die Nase operieren lassen musste. Wie lange wird es die Sendung denn noch geben? Matthias Ackeret macht sich darüber keine Gedanken: «Im Moment läuft sie, und sie hat stabile Zuschauerzahlen.» Auch Christoph Blocher, inzwischen 76 Jahre alt, mag sich nicht festlegen: Er mache es, so lange er etwas zu sagen habe und er bei den Zuschauern ein Bedürfnis spüre.

Dass dieses Bedürfnis immer noch besteht, weiss Blocher aus einfachem Grund: Wenn die Sendung einmal verspätet aufgeschaltet wird im Internet, klingelt bei ihm prompt pausenlos das Telefon: Wann denn nun endlich die neue Folge von «Teleblocher» zu sehen sei, wollen die Leute dann jeweils wissen.

Richard Clavadetscher